

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 17 (1937-1938)
Heft: 8

Artikel: Von kleiner und grosser Politik
Autor: Lorenz, J.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-158357>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Von kleiner und großer Politik.

Von J. Lorenz.

Nießsche fragt irgendwo, was denn der Adel noch tun solle, wo doch die „Beschäftigung mit Politik mehr und mehr als unanständig“ gelte. Liest man dagegen das hohe Lied der Politik bei Heßele, „Das Gesetz der Form“ in seiner Würdigung Macchiavellis, so wird man sich bewußt, daß die Politik eigentlich etwas Adeliges im besten Sinne des Wortes ist.

Der Zwiespalt ist nur ein scheinbarer, weil es eben zweierlei Politik gibt. Eine kleine, die zur Zeit Nießsches durchaus das Terrain beherrschte, und eine große, die in unsrern Tagen wieder einmal anhebt. Die „kleine Politik“ ist freilich noch nicht an ihrem Ende angelangt und wird nie dort anlangen. Die „große Politik“ war latent immer vorhanden und wird immer möglich sein.

Der Unterschied zwischen kleiner und großer Politik liegt nicht etwa im Objekte, so zwar, daß, sagen wir einmal, Gemeindepolitik kleine, äußere Politik des Bundesstaates große Politik darstellte. In der kleinsten Gemeinde kann „große Politik“ getrieben werden, und die Führung des größten Staates ist vor den Gefahren der „kleinen Politik“ nicht sicher. Darum geht es vielmehr im Unterschied von kleiner zu großer Politik, ob diese im Dienste größer, leitender Ordnungsorden stehe oder ob die Politik um Ausnützung augenblicklicher Machtkonstellationen gehe.

Selbstverständlich muß jeder, der Politik treibt, nach Macht streben. Denn es gibt keine Politik ohne Streben nach Macht. Es kommt aber darauf an, ob diese Macht in den Dienst persönlicher Interessen gestellt werde, oder ob sie dazu diene, ein Gemeinwesen groß, stark und geordnet zu machen. Das eine ist kleine, dieses andere große Politik.

Wenn in der gegenwärtigen Zeit in unserem Lande politische Auseinandersetzungen in einem Maßstabe vorhanden sind, wie wir sie seit bald hundert Jahren nicht mehr erlebt haben, so taucht die Frage auf, um was es denn bei uns gehe: um kleine oder große Politik? Denn auch die Stärke der Auseinandersetzungen ist noch kein Beweis für das eine oder andere, sodaß etwa kleine Politik nur kleine Konflikte mit sich brächte, große dagegen größere. In der kleinen Politik der persönlichen Interessentkämpfe sind die Spannungen oft scheinbar eben so groß, wie bei grundsätzlichen Auseinandersetzungen.

Soll also die Frage beantwortet werden, um welcherlei Politik es bei uns heute gehe, so ist es notwendig, daß wir die politische Lage etwas analysieren.

I.

Ohne Zweifel war die Periode der liberalen Politik eine solche der großen Politik. Es ging um eine gewaltige grundsätzliche Auseinandersetzung auf allen Gebieten. Es war eine Umwälzung großen Stiles. Nicht nur darum handelte es sich in den Kämpfen um die Mitte des letzten Jahrhunderts, wer führend sein sollte in der Eidgenossenschaft, es ging nicht nur um Zentralismus oder Föderalismus, es ging um die Dinge, welche hinter den Erscheinungen lagen. Es galt die Säkularisierung des staatlichen Lebens, es ging um die Auflösung der letzten Reste einer alten Ordnung, die zwar noch der Idee nach, nicht mehr jedoch der Wirklichkeit nach, vorhanden war; es ging dann ferner — und das bloß als Nebenerscheinung — um die Aufhebung aller Einschränkungen gegen die wirtschaftliche Entwicklung der individuellen Tätigkeit, wobei im Hintergrund wieder die Idee der naturgesetzlichen Ordnung gegen die nach göttlichen Prinzipien gewollte und bewußte Ordnungsschaffung durch Menschen stand. Das waren gewaltige und große Auseinandersetzungen, das war große Politik, in der zwei grundverschiedene Weltanschauungen aufeinander stießen; die ältere ward zurückgedrängt, die neuere zum Siege geführt. Zu einem Siege übrigens erstaunlichen Ausmaßes.

Die Erstaunlichkeit dieses Ausmaßes war vor allem bedingt durch die unerhörte wirtschaftliche Entwicklung, deren Träger durchaus der Liberalismus war. Die konservativen Landesteile nahmen nur indirekt an ihm teil. Sie sind heute noch die „armen“ Landesgegenden der Schweiz. Der gewaltige wirtschaftliche Aufschwung, welcher dem Siege des Liberalismus folgte, verlieh diesem eine anziehende Kraft und Bedeutung, gegenüber welcher der Konservatismus durchaus in der Defensive war. Es vollzog sich in ihm auf eidgenössischem Gebiete eine allmähliche Anpassung, welcher der Liberalismus weit entgegenfam, so daß er schließlich die Herrschaft mit ihm teilte, freilich unter entscheidender Führung des Liberalismus. In den eidgenössischen Belangen bildete sich so allmählich eine gemeinsame „bürgerliche“ Front, welche freilich von Zeit zu Zeit von unten auf gestört wurde, während die großen prinzipiellen Auseinandersetzungen im Parlament schon längst aufgehört hatten. Entsprach dem parlamentarischen Assimilierungsprozeß nicht immer die Haltung des konservativen Volks- teiles, so konnte die gelegentliche Opposition gegen den Parlamentsopportunismus doch die Gemeinsamkeit der Regierungsinteressen um so weniger stören, als der Liberalismus in dem Maße mehr auf den Konservatismus angewiesen war, in welchem das ehemals starke Gefüge der herrschenden freisinnigen Partei durch demokratische Nuancen zunächst, dann aber durch wirtschaftliche Gruppierungen (Bauernpartei, Bürgerpartei) allmählich zerstört und durch proletarische Formationen gar bedroht wurde. Der innere (konfessionelle) Zusammenhang des Konservatismus hinderte (nach außen wenigstens) das Auftreten der nämlichen Erscheinungen auf

jener Seite und machte ihn als mitregierende Minderheitspartei mehr und mehr zur Sicherung der liberalen Herrschaft notwendig.

Freilich hat diese Herrschaft in zunehmendem Maße die entscheidenden Merkmale des Liberalismus preisgegeben. Auf kulturellem Gebiete nötigte die Regierungskoalition zu einer weitgehenden Mäßigung. Auf wirtschaftlichem Gebiete sah man sich zur Preisgabe des Grundsatzes der freien Konkurrenz und des Handels, sowie des freien, staatlich unbeeinflußten Arbeitsverhältnisses gezwungen. Man landete auf allen Gebieten in einem wohl ausgebauten opportunistischen Interventionismus, dessen Maß bestimmt wurde durch die Erwägungen, inwiefern durch sie die Opposition der auftauchenden Linken aus dem Feld geschlagen und Bauern- und Mittelstand durch Schutz ihrer Interessen an die regierenden Parteien gefesselt werden können.

Damit war man durchaus im Zustande der kleinen Politik gelandet, bei den gegenseitigen Konzessionen des do ut des. Die Wirtschaft ward zum Gegenstande der Politik nicht im Sinne der Führung der Wirtschaft von allgemeinen staatspolitischen Gesichtspunkten aus, sondern zur Bebilligung von Ansprüchen. Regierung und Parlament haben eine Nebengewalt in den Verbänden wirtschaftlicher Art erhalten. Die Verantwortung für zu treffende oder getroffene Maßnahmen wird auf Kommissionen und Volksabstimmungen geschoben. Diese selber werden mehr und mehr durch Geldaufwand beeinflußt. Wo negative Entscheide befürchtet werden, versucht man sich der Dringlichkeitsklauseln zu bedienen, weil man das Volk nur zur Forderung, nicht aber zur Leistung erzogen hat. Die Staatsfinanzen sind Gegenstand allgemeiner Begehrlichkeit von allen Seiten. Das öffentliche Personal hat durch seine Verbände manchmal mehr Einfluß auf die Regierung als diese auf das Personal. Je mehr um das Wohlwollen des Volkes gebuhlt wird, um so mehr schwindet das Vertrauen zu den Regierenden, und der Volkswille, statt zu großen Zwecken geleitet zu werden, ist Objekt politisch-geschäftlicher Spekulation von Volksrednern und Schönstücken. Das sind alles die längst bekannten Merkmale einer kleinen Politik, deren Ausgang nicht zweifelhaft sein kann.

II.

Sind wir so aus einer Periode der großen Politik herausgekommen in eine solche der kleinen Politik, so fragt es sich nun, ob nicht Anhaltspunkte zu einer Umkehr vorhanden seien.

Umkehr soll nicht verstanden sein im Sinne von Wiederkehr der einstigen großen liberalen Politik. Diese hat ihre zeitgegebene Aufgabe hinter sich. Zwar ist diese Ansichtung nicht unbestritten. Immer noch gibt es Vertreter der Ansicht, daß der liberale Gedanke der ungehemmten Entfaltung der Persönlichkeit wieder aufgenommen werden könne. Uns jedoch erscheinen die wirtschaftlichen wie politischen Umwandlungen im Erdraum die Periode des Liberalismus für einmal abgeschlossen zu haben.

Die vereinzelten grundsätzlich-liberalen Nachzügler (als solchen werten wir z. B. Gottfried Duttweiler) können trotz aller Aktivität darüber nicht hinwegtäuschen. Selbstverständlich bleiben beträchtliche Restbestände des Liberalismus immer noch wirksam, aber nicht so, daß von ihnen aus einzeln eidende Impulse auf die Politik ausgehen würden.

Impulse zu einer großen Politik liegen von anderer Seite vor. In erster Linie wird hier zu entscheiden sein, ob und in welchem Sinne die proletarische Politik als große Politik gewertet werden kann. Mit andern Worten: bedeutet Sozialismus große Politik? Wir meinen damit den Sozialismus in seiner hergebrachten Form der *Alasenbewegung*. Ohne Zweifel ist das marxistische Bild des Sinnes aller Politik in seiner Art grandios: Beseitigung aller Klassengegensätze durch Klassenkampf, an dessen Ende die Beseitigung der bürgerlichen Klasse durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel steht, ein Zustand, bei dem die eigentliche Menschheitsgeschichte erst beginnen und in der Folge sogar zum Absterben des Staates führen soll. Dieses Ziel anzustreben ist durchaus geeignet, Gläubige zu rekrutieren, welche im politischen Geschehen einen Sinn sehen, ja ihm sozusagen einen religiösen Sinn geben. Dieser Glaube hat die russische Revolution gemacht, wie der Glaube an die Menschenrechte die französische Revolution beseelt hat. Ohne Zweifel ist die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat bei dieser Zweckstellung durchaus große Politik, weil die Anwendung der Macht nicht letzter Zweck ist, sondern eine sachliche Bindung erfährt. Wobei freilich das Utopische, nämlich die Beseitigung der Politik durch die Politik in der Theorie vom Absterben des Staates allzudeutlich für jeden Kritischen in die Augen springt. Die Masse, auf die es in der Demokratie ankommt, ist aber immer unkritisch.

Dieser klare Standpunkt, der seine letzten Ausläufer in der internationalen Interessensolidarität aller Proletarier hat, ist indessen bei uns in der Schweiz mehr oder weniger ausgesprochen von den Leitenden Köpfen des Sozialismus verlassen worden. Mehr und mehr wird der Klassenstandpunkt und Klassenkampf preisgegeben. Der jähre Zerfall der sozialistischen Bewegung in Italien und in Deutschland hat die schweizerischen Sozialisten belehrt, daß man nicht mit Schematismus und Dogmatik Politik treiben kann, sondern daß, wie Napoleon zu Goethe sagte, „Politik das Schicksal“ ist, das in den genannten Ländern andere entschieden haben. Daher gilt der Linken heute vor allem das, durch die geeigneten Mittel eine Volksmehrheit zu erreichen, die ihren Zielen zugänglich ist. Unter schweizerischen Verhältnissen ist nicht daran zu denken, durch die Vertretung des intransigenten marxistischen Standpunktes eine Mehrheit zustande zu bringen. Der Grad der Proletarisierung des Volkes ist noch nicht genügend vorgeschritten. Die kulturellen und religiösen Widerstände sind zu groß. Die Ereignisse in Russland nehmen einen Verlauf, der dem russischen Experiment seine Werbe-

kraft nimmt. So ist es denn ganz selbstverständlich, wenn der Sozialismus den Versuch macht, sein Weltbild zu verharmlosen, sich des bedrängten Mittelstandes anzunehmen, in kleinbäuerliche Verhältnisse einzudringen und — das Mißbehagen der Schweizer über Erscheinungen in den Nachbardiktaturen benützend — so auf demokratischem Wege jene Macht in die Hand zu bekommen, durch welche die demokratischen Schwierigkeiten der allmählichen Sozialisierung beseitigt werden können. Wenn es gelungen ist, mächtige Verbände scheindemokratisch zu regieren, warum sollte ein gleiches nicht für das ganze Volk möglich sein? Darum spricht man fortwährend von Demokratie, hütet sich aber zu sagen, welche Art von Demokratie man erhalten will.

Wenn so scheinbar der Sozialismus durch die Richtlinienbewegung und verwandte Stellungsänderungen in eine kleine Politik des Kampfes „um das Reale“ eintritt, so wäre es durchaus ein Irrtum, wenn man diese Schwenkung nun als Absage und Zuwendung zu einer wirklich kleinen Politik auffassen wollte, etwa, daß durch die Gewährung eines Bundesratsstuhles der Sozialismus in der Schweiz in gleicher Weise saturiert werden könnte, wie man seinerzeit den Konservatismus zu gewinnen vermochte. Wir halten vielmehr gerade die neueste Schwenkung für die entscheidende Phase, in welcher der Sozialismus in der Schweiz aus seinen dogmatischen Kinderschuhen herausgetreten ist und wirklich politische Mittel großen Stiles anwendet, um zur Herrschaft zu gelangen und das Land in seinem Sinne umzugestalten.

Es ist eine Naivität, welche nur einem robusten Radikalismus (nicht in schweizerisch-politischem Sinne zu lesen) verziehen werden kann, den Grimm, Ilg, Bratschi's und andern Gesinnungswchsel vorzuhalten und den Versuch zu machen, sie dadurch zu kompromittieren. Ob die Herren die Gesinnung geändert haben, das können sie allein beurteilen. Nach unserer Meinung haben sie nur die politischen Kampfmittel geändert, und wer dem Spiel dieser Politik mit sachlich gerichtetem Blicke folgt, wird leicht erkennen, daß sie gerade dadurch ihren eminent politischen Sinn bewiesen und eine Reife erreicht haben, die sie erst jetzt zu eigentlichen Politikern macht, sofern es ihnen gelingt, ihre radikalierte Masse mitzureißen.

III.

Es erhebt sich die Frage nach dem Gegenspieler.

Sind die bisherigen bürgerlichen Parteien jene Gegenspieler, mit denen es zu einem großen Austrag kommen könnte? Was haben sie der sozialistischen Konzeption entgegen zu stellen? In der Weltanschauung sind sich die beiden Parteien, Konservatismus und Freisinn, nicht einig. Sie können sogar politisch nur dadurch einig sein, daß sie im

Politischen ihre weltanschaulichen Differenzen möglichst zu rütteln. Sobald sich die Ausgangspunkte der beiden Parteien zeigen, liegen Konfliktstoffe vor. (Das etwas bittere Scherzwort des alten Sozialisten Brüstlein von einem Liberativkonservatismus, auf dem die Koalition beruhe, hat etwas an sich.) „Das Bürgerliche“ ist keine Weltanschauung. In ihrer Weltanschauung stehen sich der Liberalismus und der Sozialismus ohne Zweifel bedeutend näher, als Liberalismus und Konservatismus. Die Differenzen mit den Sozialisten sind solche des Geldbeutels und der Kinderstube. (Aber man kann über die ersteren reden und hinsichtlich der zweiten hat schon mancher gelernt elegant Artischocken zu essen, der ehedem mit dem Messer zum Munde führ.) In weitaus den meisten Kulturfragen sehen wir sogar eher eine liberal-sozialistische geistige Zusammenarbeit, als eine liberal-konservative.

Im Wirtschaftlichen und Sozialen würde die Weltanschauung des Konservatismus eine ganz eigenständige positive Haltung ermöglicht haben, die, ohne im Ziele zu übereinstimmen, in manchen Teilen einzelnen sozialistischen Forderungen näher stünde, als liberalen Anschauungen. (Schließlich standen Bef und Decurtins mit Greulich einmal durch Jahre auf einer Bühne.) Allein das Gebundensein an eine Koalition mit dem Liberalismus erlaubte eine eigene sozialpolitische Linie nicht, die man ernsthaft und nicht nur in der Theorie verfochten hätte. Schließlich sind Programme und Grundsätze aber da, um sich im Praktischen zu bewähren. Jene Originalität der Wege, welche die Vogelsang'sche Schule beispielweise dem Konservatismus in sozialpolitischen Fragen gewiesen hätte, blieb so ziemlich auf grundsätzliche Erklärungen beschränkt, und selbst die Organisation christlich-nationaler Arbeiterverbände gilt heute manchenorts wenig mehr als ein kleineres Übel.

So sehen wir, daß die Regierungsfront infolge ihrer inneren Gespaltenheit als Gegenspieler keineswegs geeignet ist. Große Politik erfordert ernste Verwirrlichkeit gemeinsam gesteckter positiver Ziele. Und diese fehlen der gegenwärtigen Koalition. Es wäre denkbar, daß der Konservatismus außerhalb dieser Koalition eine ganz andere Rolle zu spielen vermöchte.

Es sei wiederholt: Das „Bürgerliche“ ist keine Weltanschauung, sondern ein — heute bedrohter — gesellschaftlicher Daseinszustand. Wenn man sich nach den bürgerlichen Interessengruppen umsieht, die sich politisch konsolidiert haben, also nach den Bürger- und Bauerngruppen, so wird man in ihnen keine zuverlässigen Hilfsgruppen für eine gute Gegenspielerchaft finden können. Wohl ist der Bauer an und für sich ein konservatives Element. Doch ist nicht zu vergessen, daß das schweizerische Bauerntum weitgehend in diesem seinem geistigen Bestande bedroht ist. Zum Teil ist es ein proletaroides Bauerntum, das seine Selbständigkeit in sehr vielen Fällen nur zu erhalten vermag, weil Nebenverdienst aus Lohnarbeit Bargeld in die (oft überschuldete) Landwirtschaft

einbringt. Zu einem andern Teile ist der Bauer in hohem Maße kommezziali siert worden und hat in diesem Falle Veranlagung, sich jenen zuzuwenden, die in der Politik sich seiner Interessen (wirklich oder scheinbar) annehmen, weshalb es denn auch nicht verwunderlich ist, wenn eine dem Sozialismus durchaus nahestehende Agitation in bäuerlichen Kreisen nicht ohne Erfolg geblieben ist. — Was die Gewerbe- und Handelsgruppen anbetrifft, die sich teilweise politisch abgesondert haben, steht es um ihre bürgerliche Zuverlässigkeit nicht besser. Das erweist sich namentlich da, wo der Sozialismus, in Regierungsfunktionen eingetreten, in der Lage ist, durch Arbeitsvergebungen seine werbende und zwingende Wirksamkeit in ihre Kreise hineinzutragen. Die Lage dieser Kreise ist auch zu einem bedeutenden Teile bereits schlechter als jene der Arbeiteraristokratie. — Das öffentliche Beamtenamt, ehemals sichere Domäne der liberalen Partei, ist immer deutlicher entweder einer politischen Gleichgültigkeit verfallen — was an und für sich durchaus nicht zu bedauern ist, da ein politisierender Beamter sich bei uns in einer Zwitterstellung befindet —, anderseits der gewerkschaftlichen Agitation erlegen, die von sozialistischen Politikern geführt wird. Ein großer Teil der Privatbeamten steht ebenfalls Organisationen nahe, die zur Linken gehören, sodaß die bürgerliche Interessenfront, wollte man sich auf sie stützen, um eine große Politik zu führen, durchaus brüchig ist. Übrigens kann mit Interessengruppierungen keine große Politik betrieben werden; diese muß sich immer auf Weltanschauungen stützen. Wohl aber kann man sich der Interessengruppen gegebenenfalls bedienen.

So sieht es um die Gegenspielerchaft bedenklich aus. Es ist eine große Täuschung, wenn man glaubt, auf Grund von einzelnen sachlichen Fragen sich auf einer „mittleren Linie“ treffen zu können, wovon der Versuch, neue Wirtschaftsartikel für die Verfassung aufzustellen, ein sehr sprechendes Beispiel ist. Man wird sich nur auf Formen verständigen können, unter denen jeder etwas anderes versteht und der offene Kampf wird ausbrechen, sobald man den Formen einen konkreten Inhalt zu geben versucht. Daher erblicken wir in den Anbiederungsversuchen von links und rechts nichts anderes als ein Spiel, aus dem der schwächere Bürgerliche als der Dämpfte hervorgehen wird.

Man mag diese Darlegung als pessimistisch betrachten. Doch ist es von jeher in der Politik eine gute Regel gewesen, mit dem Vertrauen sparsam umzugehen und die Vorsicht so weit zu treiben, daß man mit dem schlechtesten Fall als einem möglichen rechnet. Er ist auch meist der wirkliche Fall.

IV.

Nach unserer Ansicht hat sich nun in der Schweiz die Gegenspielerchaft für eine große Politik noch nicht formiert.

Hier möchten wir einmal zeigen, in welcher Richtung diese Gegenspielerchaft nach unserer Auffassung zu suchen wäre. Damit steht die gei-

stige Orientierung für eine solche zur Diskussion. Eine Analyse der Bewegung in den Parteien wie der Neuerungsbewegungen vor allem müßte sich eigentlich anschließen. Allein das würde diesen kleinen Artikel allzusehr ausweiten.

Die sozialistische Gedankenwelt ist bei Nahem besehen nichts andres als die proletarische Verlängerung der liberalen, die sozialistische Politik, so gegnerisch sie auch im Konkreten der liberalen gegenüber sein mag, — wo diese nämlich noch liberal ist — nichts anderes als ihre Ausweitung nach „unten“, sofern in der modernen Gesellschaft von oben und unten noch gesprochen werden kann. Sie stützt sich, wie die liberale Welt auf das Dreigestirn der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit von 1789; nur nimmt sie alles ernster, also: bürgerliche Freiheit ohne wirtschaftliche Befreiung vom kapitalistischen Arbeitsjoch ist keine Freiheit; Gleichheit ohne wirtschaftliche Gleichheit gibt es nicht; Brüderlichkeit gibt es erst, wenn es keine Klassen mehr gibt. Der Sozialismus, soweit er noch ein solcher ist und nicht nur einfach ein Plüschanapee-Sozialismus, wie der satyrische Bolschewik Bruppacher über die Rechtssozialisten spottet, glaubt noch an das Dreigestirn. Die liberale Welt ist schon bei jenem Skeptizismus angelangt, der da mit D. L. Förel sagt:

„La Liberté est un gentlemen agrément, l’Egalité un non-sens, et la Fraternité un petit mensonge sentimental.“

Die bürgerliche Welt hat die Früchte der französischen Revolution in der Tasche; dem Sozialismus handelt es sich darum, sich der gefüllten Tasche zu bemächtigen.

Was der liberal-sozialistischen Welt zu grundliegt, das ist ein entsetzlicher Irrtum über den Menschen, der Glaube an die natürliche Güte und Vortrefflichkeit des Menschen. In liberaler Färbung heißt das: wenn jeder zum Seinen sieht, steht alles gut. In sozialistischer: einziges Hindernis ist das Privateigentum an Produktionsmitteln, damit die Shakespeare, Goethe, die Schiller und Mozart nur so an den Ecken herumstehen und sich alle des Umstandes freuen, daß mit Heine gesehen:

„es gibt hienieden Brot genug
für alle Menschenkinder,
und Rosen und Myrten, Schönheit und Lust
und Zuckererbsen nicht minder.“

Dass der Liberalismus — dessen historische Notwendigkeit zur ökonomischen Ausweitung der Welt wir ausdrücklich anerkennen — im Sozialen versagt hat und dass der Sozialismus, wo er ans Ruder kam, beim Predigen einer sozialistischen (bezw. kommunistischen) Arbeitsmoral angelangt ist, sagt natürlich denen nichts, die keine Augen haben zu sehen und keine Ohren zu hören.

Es ist nun zwar ein sehr radikaler Gegenspieler vor den Toren. Seine klassische Prägung hat er im Nationalsozialismus gefunden.

(Fascismus und Nationalsozialismus in einen Topf zu werfen ist — trotz der Ähnlichkeit der Mittel — falsch. Das hier zu begründen, würde zu weit führen.) Er ist einer jener extremen Ausschläge, die in der Geschichte immer wiederkehren; und seine Übersteigerung beruht in der mystisch unterbauten Lehre vom Menschen als edlem Raubtier. Es kann sehr wohl sein, daß es die Fügung zuläßt, daß auch diese Kampfideologie zu einem fürchterlichen Ende kommen muß, wie jene des Liberalismus mit seinem Konkurrenzkampf gekommen ist, und des Sozialismus mit seinem Klassenkampf, dessen Formen in Russland und Spanien nette Perspektiven eröffnen.

Wir halten für eine *realistische Politik*, wie sie einer ernsten Demokratie mit alter Tradition würdig ist, diese Form der großen Gegenspielerchaft keineswegs für das Geeignete. (Deutschland und Österreich waren keine ernsthaften Demokratien, so wenig Frankreich eine solche ist. Und Italien hat wohl ein edles, demokratisches Volk, aber es war von Profiteuren geführt.) Eine Demokratie vom Range der Schweizerischen Eidgenossenschaft (und vom noch höhern Range einer Reihe von Kantonen) muß sich nach einer Gegenspielerchaft umsehen, die aus den Lehren der Geschichte endlich lernt, was zu lernen ist: und das ist das Folgende.

Weil der Mensch eben nicht jenes edle Wesen ist, von dem das 18. Jahrhundert träumte, das das 19. Jahrhundert bis zum Weltkrieg anbetete und über welches das 20. Jahrhundert zum mindesten Zweifel hat, gibt es stets einen Konkurrenzkampf, gibt es stets einen Klassenkampf, gibt es stets einen Rassenkampf. Aber so falsch es ist, auf dem Konkurrenzkampf eine Gesellschaft aufzubauen, so töricht ist es, den Klassenkampf als Durchgangsstadium zum ewigen Paradies erblicken zu wollen, ebenso verhängnisvoll ist es, im Rassenkampf einen Entwicklungsprozeß zu erwarten, was für herrlichen Zeiten zu sehen. Gerade die Erkenntnis der gesellschaftlichen Kampftatsachen, die stets extreme Ausschläge in der Geschichte herbeiführen, muß von diesem Grundfehler abmahnend.

Also Pazifismus? Humanismus? Internationalismus? Abgestandenes Waschwasser?

Keineswegs! Pazifismus, Humanismus und Internationalismus träumen davon, Kampf beseitigen zu können. Realistische Aufassung rechnet mit ihm, und zwar als mit einer ewigen Tatsache, die mit jedem einzelnen Menschen wieder neu geboren wird. (Sterben muß man ja meistens erst dann, wenn man gerade eben zum Verstande gekommen ist.) Glaube man ja nie, weder durch Interventionismus und Kartelle die Tendenzen zum Konkurrenzkampf er töten, durch berufsständische Ordnung jene zum Klassenkampf beseitigen, durch Völkerbundspakte und der gleichen Dinge den „Krieg ächten“ zu können. Aller Kampf entspringt eben der menschlichen Natur. Aber diese selbe soziale Natur des Menschen hat auch eine andere Seite: die Bezugsn-

heit auf die Gesellschaft, die gegenseitige Verbundenheit der Gruppen. Beides ist da. Ohne die Kampfesdistanz — im Erdraum gesehen Kampf um den Platz an der Sonne des einzelnen, des Standes, wie der Nation — wäre die Gesellschaft nie vorwärts gekommen und würde heute noch in Erdhöhlen hausen; die Menschheit wäre verfault. Anderseits hätte ohne die Soziabilität des Menschen niemals irgend ein Kulturwerk zustande kommen können und die Huse hätten immer wieder zerstampft, was die Hand der Natur abrang, und nie wäre es zu einer Tradition gekommen, welche so bedeutsam ist wie die ewige Unruhe drängender Dynamik.

Die Kräfte der Beharrung und des Aufbaus, wie jene des unbändigen egoistischen Vorwärtsreisens im Gleichgewicht zu halten, das ist die ewige und niemals vollendete Aufgabe großer Politik. Sie arbeitet nicht mit Illusionen und mystischen Vorstellungen, sondern mit dem klaren und nüchternen Verstande. „Politik ist jene besondere Art von Klugheit, durch welche die Menschen sich selber regieren, den Leitenden Gefolgschaft leistend in der Richtung auf das gemeine Wohl“. So definiert der größte Aristoteles-Kommentator der Geschichte die Politik. Ewig und nie vollendet ist diese Aufgabe, weil alles, was die Menschen in irgend einem Zeitpunkte in bezug auf das gemeinsame Wohl eingerichtet haben, immer wieder dem Gesetze des Zerfalls unterliegt, wie Goethe sagt:

„Es erben sich Gesetz und Sitte
wie eine ew'ge Krankheit fort.
Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage,
Weh' Dir, daß Du ein Enkel bist.“

Und weil auch die besten Träger der Politik infolge dieses Gesetzes des Zerfalls, so bald sie eine gewisse Zeit an der Macht sind, selber wieder degenerieren, muß eine ständige Wiederbelebungsmöglichkeit bestehen, wie sie weder Name, noch Orden und Adelsverleihung garantiert, die neuen Kräften Raum schafft, nicht durch irgend einen Revolutionismus oder Klassen-, Rassen- oder Personalmessianismus, sondern durch eine in der Tradition verhaftete Demokratie, die ihre Elite bestätigt oder erneuert, je nachdem diese sich bewährt oder sich selbst sucht. Und hiezu braucht es einen Ausgangspunkt religiösen Charakters. Wir haben nur die Wahl, wenn überhaupt irgend eine Ordnung bestehen soll, den Staat zu vergößen oder an Gott zu glauben und dementsprechend einzuordnen. Die gesellschaftliche Aufgabe der Gleichgewichtshaltung setzt individuelle mindestens bei einer Elite voraus. Dieser größten konservativen Kraft sich wieder zu besinnen und ihr im politischen Leben Ausdruck zu verleihen, nicht durch eine formelle äußerliche „Verchristlichung des Staates“, sondern durch eine Elite christlich-heroischer Persönlichkeiten. Darum geht es bei der Gegenspielerenschaft, von der wir sprechen. Dass die meisten Politiker, die ihrer Herkunft und Bildung nach eigentlich diese Probleme hätten sehen müssen,

an ihnen vorbeigingen oder ihnen mit beklemmender Hilflosigkeit gegenüberstanden, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß das Problem der Haltung vom Staat zur Kirche durch die Ereignisse der Vierzigerjahre allzu sehr in den Vordergrund gestellt wurde.

Wenn wir uns nach dieser Linie umsehen, so müssen wir feststellen, daß sie im Laufe des letzten Jahrhunderts in bezug auf die praktische Gestaltung so gut wie unwirksam war. Aber wir haben Manifestationen zuweilen geradezu prophetischer Art, durch welche diese Linie in eben dem Jahrhundert immer und immer wieder in Erinnerung gerufen wurde. Zwar riefen die Stimmen in die Wüste. Aber sie sind heute, in der Zeit einer Neugestaltung, wieder vernehmbar und verständlich. Es sind die Stimmen der Burke, des großen englischen Gegners der französischen Revolution, der die englische Revolution dieser gegenüberstellte, weil sie an alte traditionelle Freiheiten anknüpfte, die das 13. Jahrhundert schon kannte; sind die Stimmen der Sisoni, dem die Technik nicht Selbstzweck war; Stimmen der Carlyle und Ruskin, die den Unternehmer als Heerführer in einer großen Aufgabe sahen und die Schönheit der Arbeit priesen; Stimmen der Adam Müller, Karl Marlow und anderer, welche die Ordnung der wirtschaftlichen Arbeit als Aufgabe erkannten; Stimmen eines Konstantin Fränck, des föderalistischen deutschen Klassikers; eines Leylah als Familienforschers und Familienpolitikers; eines Lourduin, die berufsständische Hierarchie der Arbeit erkennend; hierher gehören auch in gewissem Umfange Leute wie Vorel, der entgegen einer verschweinten Welt die soziale Bedeutung der Keuschheit pries; hierher die uns geläufigeren Jeremias Gottschalk, Uli Dürrenmatt, Jakob Burckhardt in vielen Beziehungen, Philipp Anton von Segesser, Karl Hilti und andere; hierher — horribile dictu — die sozialen Grundauffassungen eines Caspar Decurtins, Leo XIII. und Pius XI. Eine ganze und noch lange nicht vollendete Reihe von Persönlichkeiten sozial-konservativer Haltung, die im Lichte des politischen Geschehens eine große Schule bilden, die niemand besucht zu haben scheint. Eine Schule, welche jenen Wahrheitsgehalt, den wir auch zum Teil im Nationalsozialismus finden, ohne dessen Übersteigerungen lehrt und die einzige und allein in Wahrheit jene mittlere Linie bildet, die nicht zugezogen wird durch den gelegentlichen Kompromiß zwischen Rechts und Links, die nicht auf Parteikonstellationen, sondern auf Ideen abstellt: die Linie des sozialen Konservatismus.

Erst wenn diese Linie sich einmal gebildet haben wird, erst dann wird — und zwar in einem Zweiz, vielleicht sogar Dreifrontenkampf — es wieder um große Politik gehen, in welchem unsere Eidgenossenschaft nicht mehr bald als ein Spezereiladen, bald als ein Kuhstall, bald als eine Garage, Fabrik oder Bahnhof oder allgemeine Versorgungsanstalt erscheinen, sondern endlich wieder einmal als ein Staat, in wel-

them sich das Volk über politische Probleme auseinandersezt, sich wieder zu einer Einheit formt und in absoluter Neutralität gegenüber andern sich als in sich geordnetes Volk unter Völkern ehrenvoll zu behaupten versucht.

Das Zustandekommen dieser Linie ist eine Schicksalsfrage. Denn man weiß seit Plato, daß dem Demokratismus stets die Tyrannis folgt. In einem Demokratismus sind wir. Ihn wieder umzukehren in eine Demokratie sozial-konservativer Prägung wäre die Aufgabe. Wird sie gelöst, gut und recht. Wird sie nicht gelöst, so wird trotz allem Geschrei auch die Schweiz vor jenen Umwälzungen nicht bewahrt werden können, die anderswo sich Bahn gebrochen haben. Als politisch durch Jahrhunderte gereiftes Volk verdienten wir eigentlich ein besseres Schicksal. Es kommt aber ganz darauf an, was die große Stunde für ein Geschlecht findet. Die Zeit für eine große Politik ist reif; die Fortsetzung der „kleinen Politik“ um eines faulen Friedens willen setzt uns der Gefahr aus, daß an Stelle einer wahrhaft säkularen Politik wir in Extreme verfallen, welche zu vermeiden uns als politisch erzogenes Volk die Geschichte als Lehrmeisterin der Menschheit mit mehr Erfolg gelehrt haben sollte als andere Völker.

Das russische Gottlosentum.

Von Walter Schubart, Riga.

(Schluß.)

5.

Die Erklärung dafür, daß sich das Bekenntnis zur Irreligion zu einer geschichtsbildenden Macht von solcher Stärke entwickeln konnte, suchen die meisten in der engen Verbindung, in der die russische Kirche zum russischen Staate stand. So habe sich eine politische Partei, die den zaristischen Staat bekämpfte, auch gegen die Kirche wenden müssen, die einen organischen Teil dieses Staates bildete. Das ist richtig, gilt besonders für die Anfänge der revolutionären Bewegung, aber es trifft nicht den Kern der Sache. Sicher hat die östliche Kirche ihr Schicksal zu ihrem Verderben allzu eng mit dem des Zarenreiches verknüpft, seitdem Peter I. das Patriarchat aufgehoben und zur Leitung der Kirche den heiligen Synod geschaffen hatte, der zwar kirchliche Aufgaben erfüllte, aber eine staatliche Behörde war. So läßt es sich verstehen, daß Lenin um 1900 spottete, die Kirche sei die Leibeigene des Staates wie der einzelne Bürger der Leibeigene der Kirche, und daß Bucharin in seinem kommunistischen Programm (1917) die Pfaffen mit den Henkern verglich, die angebliche Verwandtschaft von Kirchendienst und Po-